

² Lisbeth Hoogh, Nationalist Movements and Social Factors. Theoretical Perspective, in: J. Okaley (Hg.), The Social Origin of Nationalist Movements (London 1992) 21.

³ E. Gellner, Nation und Moderne (Berlin 1991) 8f.

⁴ J. Breuilley, Nationalism and the State (Manchester 1982) 3.

⁵ F. Ferrarotti, La tentazione dell'oblio (Rom/Bari 1993) 187.

⁶ T. Sunic, The Fallacy of the Multiethnic State: The Case of Yugoslavia, in: Conservative Review 1 (1990) 3, 11.

⁷ Siehe F. Ferrarotti, aaO. 136.

⁸ A.D.S. Smith, Nationalism in the Twentieth Century (Oxford 1979) 2.

⁹ E. Hobsbawm, Nationen und Nationalismus. Mythos und Realität seit 1780 (Frankfurt 1991) 95.

¹⁰ E. Gellner, aaO. 10.

¹¹ A. Giddens, The Nation-State and Violence (Cambridge 1992) 218.

¹² J. Habermas, Faktizität und Geltung (Frankfurt/M. 1992) 634.

¹³ B. Neuberger, Samoodlocha narodov – konceptualne dileme, in: Nova revija 141/42 (1994) 157.

¹⁴ E. Gellner, aaO. 151.

¹⁵ E. Hobsbawm, aaO. 158.

¹⁶ Majid Tehranian, World With/Out Wars: Moral Spaces and the Ethics of Transnational Communication, in: Javnost. The Public, 1994, 1–2, 76.

¹⁷ A. Touraine, Qu'est-ce que la démocratie? (Paris 1994) 99.

¹⁸ AaO. 100.

¹⁹ M. Weber, Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie, Bd. 1 (Tübingen⁵1963) 552.

²⁰ M. Freeman, Religion, Nationalism and Genocide: Ancient Judaism Revisited, in: Archives Europeennes de Sociologie 35 (1994) 2, 278.

Aus dem Englischen übersetzt von Dr. Karl Pichler

SRDJAN VRKAN

ist Professor für Soziologie an der Universität in Split, Kroatien. Er war Ko-Direktor am Seminar für die Zukunft der Religion am Interuniversitären Zentrum für Höhere Studien in Dubrovnik. Anschrift: Bartola Kasica 30, 58000 Split, Kroatien.

David Seljak

Religion, Nationalbewußtsein und die Auflösung Kanadas

Die von der Parti Québécois (PQ) geführte Regierung der Provinz Quebec hat für Herbst 1995 ein Referendum über die Unabhängigkeit angekündigt. Der Bloc Québécois – eine andere nach Unabhängigkeit strebende Partei, die im kanadischen Unterhaus (House of Commons) die Opposition stellt – hat dieses Vorhaben unterstützt¹. Das Streben nach Unabhängigkeit ist die neueste Strategie der französischen Quebecker, deren Bevölkerungsanteil 82% ausmacht². Umfragen zeigen, daß

an die 40 bis 45% das Streben nach Unabhängigkeit unterstützen, das heißt, daß nicht einmal die französischen Quebecker mit der Strategie der PQ auf einer Linie liegen. Die Stimmung in Quebec ist allerdings ungewiß. Selbst wenn das Referendum – wie ein früheres aus dem Jahr 1980 – scheitern sollte, wird sich das Problem, wie über die Struktur und die Bedeutung Kanadas ein Konsens gefunden werden könne, solange stellen, wie die französischsprachige Mehrheit von Quebec sich selbst als Nation definiert und die Mehrheit der Kanadier die Franko-Kanadier als ethnische Minderheit und Quebec als eine von zehn Provinzen ohne Sonderstatus bezeichnet³.

Obwohl es in der nationalen Frage hauptsächlich um sozio-ökonomische und kulturelle Themen geht, nimmt die katholische Kirche öffentlich dazu Stellung. 86% aller Quebecker (Gesamtbevölkerung: 6.810.300) weisen sich als Katholiken aus. Unter den französischen Quebeckern sind 95% Katholiken. Das staatlich

finanzierte Schulsystem ist konfessionell organisiert. Die Kirche pocht auf die seelsorgerliche Präsenz im katholischen Schulsystem (das mit 185 von 217 Schulkommissionen bei weitem das Übergewicht hat) und führt die Aufsicht über die Inhalte der religiösen Erziehung. 92% der Eltern von Grundschulkindern ziehen eine katholische Erziehung einem nichtkonfessionellen Ethikunterricht vor⁴. Darin liegt eine gewisse Ironie, da nur 29% der Katholiken von Quebec die Sonntagsmesse besuchen (bei den Katholiken Kanadas außerhalb der Provinz sind es hingegen 38%)⁵. Auch wenn sie selbst nichtpraktizierende Christen sind, wünschen die Katholiken von Quebec für ihre Kinder einen katholischen Religionsunterricht. Der Katholizismus spielt immer noch eine wichtige Rolle für die kulturelle Identität und das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit der französischen Quebecer.

Katholizismus und frankokanadische Identität

Diese enge Identifikation von Katholizismus und nationaler Identität hat ihre Wurzeln in der Geschichte der Kirche und der französischen Bevölkerung dieses Gebiets. Vor 1960 war das frankokanadische Nationalbewußtsein sehr stark bestimmt durch den Katholizismus, und die Kirche spielte eine wichtige Rolle in der Gesellschaft von Quebec. Außer ihrer Aufsicht über Erziehung, Gesundheitswesen und soziale Dienste für die französischen Quebecer übte sie über ein ganzes Netzwerk von Gliederungen der Katholischen Aktion, katholischer Arbeitervereine, Kreditvereine, Kooperativen und Zeitungen in beachtlichem Ausmaß auch politische Macht und gesellschaftlichen Einfluß aus. Von 1840 bis 1940 trug mehr als der Staat die katholische Kirche zum gesellschaftlichen Zusammenhalt der französischen Quebecer bei. Man muß festhalten, daß der Hauptgrund für diese starke Identifikation von Katholizismus und Nationalbewußtsein darin bestand, daß die Gesellschaft von Quebec von einer als fremd empfundenen politischen und wirtschaftlichen Elite beherrscht wurde. Verschiedene Studien haben gezeigt, daß die Franko-

Kanadier gegenüber Anglo-Kanadiern und Amerikanern in ökonomischer und sozialer Hinsicht systematisch benachteiligt wurden⁶. Zwei wichtige Folgen dieser Tatsache waren, daß Franko-Kanadier nie mehr als 5% derer ausmachten, die im Besitz bedeutenden Kapitals waren, und daß die Anglo-Kanadier die bedeutendsten Positionen in der Wirtschaft von Quebec innehatten.

Die Katholische Kirche stattete die wirtschaftlich benachteiligten und politisch an den Rand gedrängten Franko-Kanadier mit einer Kultur des Widerstandes und einem gesellschaftlichen Rahmen für ihre Selbstdarstellung aus. Wenn es der Kirche auch gelang, den Franko-Kanadiern ein Gefühl von Stolz auf ihr Anderssein und eine Strategie gegen den Assimilierungsprozeß zu vermitteln, so hatte das traditionelle religiöse Nationalbewußtsein auch problematische Aspekte. Das Nationalbewußtsein der Franko-Kanadier war häufig gegenüber einem religiösen und ethnischen Pluralismus innerhalb der Gesellschaft von Quebec intolerant, ebenso gegenüber abweichenden Positionen in politischen und religiösen Fragen und gegenüber Bestrebungen, Gesellschaft oder Kirche zu demokratisieren. Sowohl die Gesellschaft von Quebec als auch die Kirche waren durch einen hohen Grad an Klerikalismus geprägt. Schließlich richtete sich das frankokanadische religiöse Nationalbewußtsein oft an den seelsorgerlichen Verhältnissen auf dem Lande aus. Dies hinderte die französischen Quebecer daran, sich so auf das urbane, industrielle Leben einzulassen, daß sie mit den englischsprechenden Kanadiern hätten in Konkurrenz treten können.

Die Erfahrung in Quebec war nichts Einmaliges. Der britische Soziologe David Martin hat darauf hingewiesen, daß ethnische Identität und Katholizismus oft verschmolzen sind, wenn eine Bevölkerung durch eine fremde Macht bedrängt wurde. In bestimmten Fällen wie Polen und Irland finden wir eine nahezu vollständige Identifikation zwischen Religion und Nationalbewußtsein. Im Fall von Quebec, Kroatien, der Slowakei, der Bretagne, dem Baskenland und anderen vergleichbaren nationalen Enklaven innerhalb größerer Föderationen wurde die nationale Identität

vom Katholizismus in ähnlicher, aber nicht in absoluter Form vermittelt. In diesen Fällen gehen Religion und Politik durcheinander, ethnische und religiöse Identität verschmelzen, man trifft auf einen weitgehenden Klerikalismus, auf geringe Toleranz gegenüber abweichenden Auffassungen, Ablehnung des Pluralismus – und man findet außergewöhnlich hohe Quoten von praktizierenden Katholiken und der Einhaltung des Sonntagsgebots⁷.

Die Säkularisierung in Quebec

Die Situation in Quebec hat sich nach 1960 drastisch verändert. Unter der Liberalen Partei übernahm der Staat von der Kirche die Verantwortung in der Erziehung, im Gesundheitswesen und den Sozialdiensten. Die französischen Quebecer erwarteten jetzt vom Staat, daß er die französische Sprache und Kultur schütze, ihren Einfluß auf die eigene Wirtschaft stärke und die Beteiligung der Französischsprachigen in den oberen Rängen der Wirtschaft fördere. Die «Stille Revolution» war sowohl Ergebnis als auch Antrieb eines neuen, optimistischen und dynamischen Nationalbewußtseins in Quebec. Trotz der Unterschiede in der ideologischen Auffassung und der Strategie bildete sich ein Konsens über die grundsätzlichen Aussagen des neuen Nationalbewußtseins. Die Quebecer stimmten darin überein, daß sie eine moderne, pluralistische und industrielle Gesellschaft mit französischer Prägung werden wollten. Es gab Nationalisten, die dies alles innerhalb des Rahmens des Bundesstaates erreichen wollten. Sie schlossen sich den Liberalen an, deren Politik der nationalen Entwicklung vom Keynesianismus geleitet wird. Andere wollten ein unabhängiges Quebec schaffen. Sie schlossen sich zur «Parti Québécois» zusammen, die in der Frage der Beteiligung des Staates an der nationalen Befreiung eine sozialdemokratische Position einnahm. Im Jahr 1976 errang die PQ die Mehrheit der Sitze im Provinzparlament.

Die Politisierung des französisch-kanadischen Nationalbewußtseins bedeutete seine Säkularisierung. Die Kirche verlor nicht nur

an direkter Macht und an Einfluß, sie mußte auch auf den Verlust an Kontrolle über zentrale und bestimmende Traditionen und Symbole des französisch-kanadischen Nationalbewußtseins reagieren. Wie Gregory Baum erörtert hat, nahm die Kirche in Quebec ihren Machtverlust mit relativer Gelassenheit hin. Die tragische kulturelle Spaltung, die die Säkularisierung in Frankreich und Italien hervorrief, wiederholte sich in Quebec nicht. Weil die Säkularisierung von Quebec zeitlich mit dem Zweiten Vatikanischen Konzil zusammenfiel, konnten viele Katholiken sich kritisch mit dem alten religiösen Nationalbewußtsein und der präkonziliaren Kirche auseinandersetzen, ohne die Kirche zu verlassen. Viele Katholiken unterstützten die Säkularisierung der großen öffentlichen Verwaltungen, die Erziehung, Gesundheitswesen und Sozialdienste beaufsichtigten. Die reformerische, liberale Elite sah ihrerseits in der Kirche einen Grundpfeiler für die Gesellschaft von Quebec. Es gab folglich auch keinen nennenswerten politischen Antiklerikalismus. Beide Seiten suchten den Kompromiß und die Zusammenarbeit⁸.

Da die Kirche die neue Gesellschaft nicht ablehnte, waren die Katholiken in den 60er und 70er Jahren stark an den neuen nationalistischen politischen Bewegungen beteiligt. Eine Minderheit bildete sogar katholische «separatistische» Bewegungen und Parteien. Die progressiveren dieser Gruppen entwickelten sich zu einer bedeutenden Parteigruppierung innerhalb der modernen Unabhängigkeitsbewegung. Sogar die konservativen katholisch-nationalistischen Gruppen – wie die Sociétés Saint Jean Baptiste – unterstützten schließlich den interventionistischen Staat in seiner entscheidenden Funktion der Verteidigung und Entwicklung der Gesellschaft Quebecs. Katholiken, die in diese Gruppen eingebunden waren, wandelten sie in säkulare nationalistische Bewegungen um. Aber auch jene politisch und gesellschaftlich aktiven Gruppen, die die katholische Identität wahren wollten, stimmten nun den Grundsatzserklärungen des neuen Nationalismus zu. Nur noch eine Handvoll französischer katholischer Intellektueller, führender Geschäftsleute und Politiker unterstützten noch den verfassungsmäßigen Status

quo, wie er von der Bundesregierung verteidigt wurde.

Über diese Akzeptanz des neuen Nationalbewußtseins hinaus gab es einen bemerkenswerten Konsens darüber, auf welche Weise die Kirche ihre Ansichten zur nationalen Frage darstellen sollte. Durch das Zweite Vatikanische Konzil waren die Beziehungen zwischen Kirche und Staat entscheidend verändert worden. Die Konzilsdokumente über die Kirche und über die Religionsfreiheit zeigen klar, daß die Kirche nicht länger von der Vorstellung ausging, daß sie den Staat kontrollieren könne oder hoffen dürfe, durch katholische Verbände oder politische Parteien die Gesellschaft zurückzuerobern. Die neue Lehre über das Verhältnis der Kirche zur «Welt» ermöglichte es der kirchlichen Hierarchie in Quebec, die Säkularisierung der Gesellschaft zu akzeptieren. Währenddessen bekräftigte die päpstliche Soziallehre, die mit der Enzyklika *Pacem in terris* neu vorgelegt wurde, daß die Kirche öffentlich präsent bleiben und sich zu den sozialen und politischen Fragen der Gesellschaft äußern müsse. Das Konzil verabschiedete den Traum einer von der Religion geprägten staatskirchlichen Verfassung, wandte sich aber gegen die «Privatisierung» des Glaubens. Für Quebec bedeutete dies, daß die Kirche nicht länger danach trachten würde, als Verkörperung der Nation zu gelten, aber auch, daß sie sich nicht auf die pastorale Aufgabe der Seelsorge zurückziehen würde⁹.

Die Kirche und das Referendum von 1980

Man kann diesen bemerkenswerten Konsens auch ablesen an der Teilnahme der Katholiken am Referendum für die Unabhängigkeit des Jahres 1980, das die sozialdemokratische Parti Québécois initiiert hatte. Weil die Quebecer in der Frage des Referendums völlig unterschiedlicher Meinung waren, schlossen sich prominente Katholiken sowohl den Komitees, die mit Ja, wie auch denen, die mit Nein stimmten, an. Die Kirchenführung stellte den Katholiken die Wahl frei, betonte aber auch, daß die Kirche selbst mit keiner politischen Partei oder sonstigen Gruppierung ineins gesetzt werden dürfe. Zusammen mit

Theologen, Praktikern und Intellektuellen waren die Bischöfe bemüht, eine Lehre zu entwickeln, die eine ethische Orientierung bieten sollte, unter Wahrung der Autonomie der Politik und der Anerkennung des Gewissensentscheids der Gläubigen. Inhalt und Ausführung dieser ethischen Grundsätze erwachsen aus der Erfahrung, die die Kirche von Quebec in den Wandlungen, die damals den Weltkatholizismus prägten, gemacht hat.

Im folgenden rekonstruiere ich in drei Punkten diese Lehre der Kirche.

Das Recht auf Selbstbestimmung

Ein zentrales Problem in der Kanada-Quebec-Krise war die Frage, wie man die Franko-Kanadier zu definieren habe. Waren sie ein Volk oder eine Nation mit dem Recht auf Selbstbestimmung, wie es in dem International Covenant on Civil and Political Rights der Vereinten Nationen vom Jahr 1966 festgelegt ist¹⁰, oder sind sie eine ethnische Minorität im Nationalstaat Kanada? Die Bundesregierung vertrat beständig die letztere Position. Die katholischen Bischöfe Kanadas wiederum haben die Franko-Kanadier in ihrem Brief zur Jahrhundertfeier der Konföderation im Jahr 1967 als «Volk» anerkannt¹¹. Für die Katholiken war dies eine bedeutsame Frage, zumal wichtige kirchliche Dokumente – von der Enzyklika *Populorum progressio* von Papst Paul VI. bis zum Dokument der Bischofssynode über die Gerechtigkeit in der Welt – die Rechte der Völker auf Entwicklung, Gerechtigkeit und Selbstbestimmung bekräftigt haben. Im Jahr 1972 stellten die Katholiken von Quebec an die Bischöfe Kanadas die Frage, ob die Bekräftigung des Rechts auf Selbstbestimmung durch die Kirche auch für das Volk von Quebec gelte. Die Bischofskonferenz antwortete darauf in einem Brief «On Pastoral Implications of Political Choices», den Quebecern stünde es frei, jede politische Gruppierung zu wählen, wenn sie die Würde der menschlichen Person und der menschlichen Gemeinschaft achte¹². Deutlicher äußerten sich die Bischöfe von Quebec in ihrem Brief am Vorabend des Referendums von 1980 zum Recht der Quebecer, ihr gemeinsames Schicksal zu bestim-

men. Die Bischöfe vertraten die Meinung, daß alle Bewohner von Quebec – die Mehrheit der Franko-Kanadier, die englischsprechende Gemeinschaft, die ethnischen Minderheiten und die Urbevölkerung – zusammen das Recht hätten, die Zukunft des «Volkes von Quebec» zu bestimmen.

Das Recht auf Selbstbestimmung ist kein absolutes Recht, es ist verbunden mit Verantwortlichkeiten und Pflichten, auf die noch eingegangen werden muß.

Die Rechtmäßigkeit des demokratischen Prozesses

Es gab katholische Gruppen, die von der Debatte zum Referendum fasziniert waren. Angesichts des modernen Individualismus und Konsumismus zwang die Debatte um die Nation die Menschen, über das Gemeinwohl und über soziale Gerechtigkeit nachzudenken. Sie waren nun gezwungen, die Werte und Voraussetzungen ihres «Gesellschaftsprojekts» darzulegen. Kirchliche Gruppierungen und der Episkopat begrüßten die Debatte anlässlich des Referendums als einen wichtigen Schritt in der demokratischen Entwicklung von Quebec. Die Debatte über die künftige Gesellschaftsform von Quebec fördere die «conscientization», den Bewußtwerdungsprozeß, und die Mitwirkung der Menschen. Im August 1979 verteidigte die Bischofskonferenz von Quebec in einem Pastoralbrief, der in allen wichtigen Tageszeitungen abgedruckt wurde, den demokratischen Prozeß¹³. Die Bischöfe vertraten die Auffassung, daß jeder einzelne die Pflicht habe, sich an der Debatte zu beteiligen, von der Dämonisierung der Gegner Abstand zu nehmen, offen zu bleiben für Versöhnung und den christlichen Wert der Achtung der Menschenwürde des einzelnen und der Gemeinschaft zu schützen. Angesichts der Geschichte von Quebec und der undemokratischen Haltung, die die Hierarchie oft eingenommen hat, waren die Bischöfe darauf bedacht, in der Referendumsfrage selbst ihre Neutralität zu bekunden. Die Botschaft des Evangeliums, so lautete das Argument, könne mit keiner der Alternativen direkt gleichgesetzt werden.

Das Referendum und die Soziale Gerechtigkeit

Während der 70er Jahre nahm die katholische Führung gegenüber Staat und Gesellschaft von Quebec eine zunehmend kritische Haltung ein, vor allem wegen der Gleichgültigkeit, mit der man den Leiden der schwächsten Bürger begegnete. Geleitet von der Soziallehre der Weltkirche und den Erfahrungen aus der Arbeit vor Ort, veröffentlichte die Hierarchie mehrere Pastoralbriefe, die die Not der Arbeiter, der Arbeitslosen, der Jugendlichen, der Urbevölkerung, der Bevölkerung in verarmten Regionen, der Minderheiten, der Immigranten und der Flüchtlinge ansprachen. Diese neue Orientierung hatte bedeutsame Folgen für die Haltung der Kirche in der nationalen Frage. Viele Katholiken sahen die nationale Frage nun im Licht ihres Engagements für soziale Gerechtigkeit. Die Bischöfe von Quebec machten sich diese Position in ihrem zweiten Brief zum Referendum von 1980 «Gemeinsam eine bessere Gesellschaft aufbauen» zu eigen. Unabhängig vom Ergebnis des Referendums, brachten sie vor, müßten die Quebecer alles dafür einsetzen, eine offenere und gerechtere Gesellschaft zu schaffen. Ihre Vorstellung von einer gerechten Gesellschaft war durch fünf Hauptthemen geprägt: 1. die Pflicht der Bürger, an der Gestaltung der Gesellschaft mitzuwirken; 2. das angemessene Urteil über die Rechte und Pflichten der Menschen im Licht des Gemeinwohls; 3. eine unparteiische Verteilung von Gütern und Verantwortlichkeiten; 4. eine ernsthafte Haltung gegenüber den spirituellen und kulturellen Werten der Gesellschaft; und 5. Solidarität unter den Völkern¹⁴. Das Nationalbewußtsein dürfe nicht zu einer Art Selbstbedienungsmentalität führen, sondern müsse offen sein für die Solidarität mit den schwächsten Gliedern der Gesellschaft und mit den ärmsten Völkern der Welt.

Der genuine Beitrag der Kirche von Quebec

Zwar hat sich die katholische Soziallehre mit einem weiten Spektrum von sozialen und politischen Fragen beschäftigt, mit der Frage des Nationalbewußtseins war sie jedoch nicht in

besonderem Maß befaßt. Wer eine Geschichte der kirchlichen Lehre über das Recht auf Selbstbestimmung, Entwicklung und soziale Gerechtigkeit schreiben wollte, müßte Stellungnahmen verschiedener Nationalkirchen, Papstbotschaften und andere kirchliche Dokumente zusammensuchen und auswerten¹⁵. Bei der engen Beziehung, in der Religion und Nationalbewußtsein zueinander stehen, scheint dieses Manko seltsam; angesichts der Exzesse, für die das Nationalbewußtsein anfällig ist, ist es außerdem gefährlich.

Da die schnelle Säkularisierung und das nationale Wiedererwachen in Quebec mit dem Zweiten Vatikanischen Konzil, der Erneuerung des Glaubens auf dem Konzil und der damit verbundenen Bewegung für Gerechtigkeit innerhalb der Kirche zusammenfiel, konnte die Kirche von Quebec eine anhaltende und kohärente Diskussion über die ethischen Implikationen des Nationalbewußtseins führen. Die Lehre, die sie entwickelt hat, besagt, daß das Recht zu nationaler Selbstbestimmung ein wichtiges Recht ist, daß es aber auch verbunden ist mit bestimmten Pflichten, einschließlich der Verpflichtung, für eine offenere und gerechte Gesellschaft einzutreten, der Achtung von ethnischen und religiösen Minderheiten, besonderer Aufmerksamkeit gegenüber der Urbevölkerung, der Öffnung für internationale Aufgaben und der Solidarität mit den ärmsten Völkern. Die Ausübung des Rechts auf Selbstbestimmung darf nicht absolut gesetzt werden, sie muß in jedem einzelnen Fall geprüft werden. Von besonderer Bedeutung ist das gesellschaftliche Projekt, das mit jedem Nationalbewußtsein zuinnerst verbunden ist. Fördert dieses Projekt einer nationalen Bewegung den Fortschritt der Gesellschaft hin zu mehr Beteiligung und Gerechtigkeit in der Demokratie? Achtet es die Würde der menschlichen Person und der Gemeinschaft der Menschen?

Die Art und Weise, wie die Kirche von

Quebec ihre Botschaft auf den Weg brachte, ist ebenso bedeutsam wie die Botschaft selbst. Der Kirche ist es gelungen, sich so in einen öffentlichen ethischen Disput einzubringen, daß die Extreme des früheren Engagements der Katholiken in der Politik vermieden werden konnten. Die Kirche in Quebec hat Abschied genommen von der Hoffnung, den Staat beaufsichtigen zu können oder die Politik über ihre Laienorganisationen zu rekolonisieren. Es lag ihr statt dessen daran, die Integrität der demokratischen Kultur in Quebec zu schützen und sie für eine breitere Teilnahme zu öffnen.

Diese in den 60er und 70er Jahren erarbeitete Position hält auch den Konsens der Kirche in der gegenwärtigen Krise aufrecht. Allerdings setzt die Kirche im heutigen Kontext in ihrer Antwort einen anderen Akzent. Seit 1980 vertreten sowohl die PQ wie die Liberalen den Neoliberalismus der «freien Marktwirtschaft», und dadurch hat sich die Debatte grundlegend verändert. Die nationalistischen Optionen werden nun – bei den Föderalisten wie auch bei denen, die die Unabhängigkeit anstreben – nicht mehr im sozio-kulturellen oder ethischen Kontext vertreten, sondern im Zusammenhang mit der Wirtschaft. Jede Partei argumentiert nun damit, daß ihre Option die Quebecker im Rahmen der Weltwirtschaft konkurrenzfähiger machen würde. In den jüngsten Hirtenbriefen, Veröffentlichungen und Stellungnahmen zu Vorlagen der von der Regierung geförderten Kommissionen zur nationalen Frage stimmen die Katholiken mit der Hierarchie überein, daß das Recht auf nationale Unabhängigkeit nicht allein mit dem Argument gerechtfertigt werden könne, so könnte für Quebec am meisten herausgeholt werden. Im Diskurs um die Nation, so wird betont, muß es um ein «projet de société», eine Vision eines gerechteren, offenen und solidarischen Quebec gehen.

¹ Vom Bloc Québécois wurden 1993 54 Abgeordnete gewählt. Sie gewannen in jedem Wahlkreis, wo die Französischsprachigen die Mehrheit bildeten. Der BQ verlor kürzlich in einer Nachwahl einen Sitz an die Liberale Partei.

² Alle statistischen Daten dieses Beitrags sind der

Volkszählung aus dem Jahr 1991 entnommen; siehe: Statistics Canada, Religions in Canada (Ottawa 1993) 240, Tabelle 7.

³ Das Referendum von 1980 erhielt 40% Zustimmung, 60% stimmten dagegen. Im Jahr 1982 handelte die Bundesregierung unter Premierminister Pierre Tru-

deau mit den neun anderen Premierministern der Provinzen ein Abkommen aus, um die Verfassung, The British North America Act von 1867, zu «repatriieren». Die Regierung von Quebec, unter der Führung der nach Unabhängigkeit strebenden PQ, verweigerte die Unterschrift. Sogar die offiziell föderalistische Liberale Partei von Quebec verweigerte, als sie 1985 an die Regierung kam, die Unterschrift. Zwei Verhandlungsrunden zwischen der Bundesregierung und den Liberalen, in denen die Krise beigelegt werden sollte, schlugen fehl; dies führte zum jetzigen Referendum. Einen guten Überblick zur gegenwärtigen Krise gibt Kenneth McRoberts, *Quebec: Social Change and Political Crisis* (Toronto, 3¹⁹⁸⁸). [Anm. d. Übers.: Das Referendum fand statt am 30.10.1995. Die Separatisten erreichten 49,4% der Stimmen und verfehlten damit knapp die für eine Unabhängigkeitserklärung nötige Mehrheit. In Montreal kam es nach Bekanntgabe des Abstimmungsergebnisses zu stundenlangen Ausschreitungen. Die Separatisten haben angekündigt, bald ein drittes Mal abstimmen zu lassen.]

⁴ Micheline Milot, *Le Catholicisme au creuset de la culture*, in: *Studies in Religion* 20,1 (1991) 53.

⁵ Reginald Bibby, *Unknown Gods: The Ongoing Story of Religion in Canada* (Toronto 1993) 6: Tabelle 1.1. Der Rückgang des Kirchenbesuchs in Quebec ist erstaunlich; 1957 gingen noch 88% der katholischen Quebecer zur Sonntagsmesse.

⁶ Die wichtigste Untersuchung dazu war der 3. Band des Report of the Royal Commission on Bilingualism and Biculturalism, der Ende der 60er Jahre von der Bundesregierung veröffentlicht wurde. Gestützt auf Daten der Volkszählung, wies dieser Report aus, daß die Franko-Kanadier 1961 stärker benachteiligt waren als 1941.

⁷ David Martin, *A General Theory of Secularization* (New York 1978) 77-80.

⁸ Mit Bezug auf das von Martin vorgelegte Material weist Baum auf Parallelen in der Erfahrung der Kirche in Belgien hin: Gregory Baum, *The Church in Quebec* (Ottawa 1991) 15-74.

⁹ Diese neue Haltung der Kirche kam zum Ausdruck und stabilisierte sich im Bericht der Commission d'étude sur les laïcs et l'église mit dem Titel: *L'Église du Québec: un héritage, un projet* (Montreal 1971).

¹⁰ Siehe bes. Art. 1.

¹¹ Siehe Kanadische Katholische Bischofskonferenz,

On the Occasion of the Hundredth Year of Confederation, in: *Do Justice! The Social Teaching of the Canadian Catholic Bishops, 1945-1986*, hg. von E.F. Sheridan (Toronto 1987) 122-134. Kenneth Westhues hat darauf hingewiesen, daß die katholische Kirche von Kanada die «bi-nationale» Definition Kanadas immer dem föderalistischen Modell vorgezogen hat; siehe: K. Westhues, Nationalismus und kanadischer Katholizismus, in: *CONCILIUM* 1/1978, 26-30.

¹² Katholische Bischofskonferenz von Kanada: On Pastoral Implications of Political Choices, in: *Do Justice!*, aaO. 230-232.

¹³ Versammlung der Bischöfe von Quebec, *Le peuple québécois et son avenir politique: message de l'Assemblée des évêques du Québec, sur l'évolution de la société québécoise*, vom 15. August 1979, in: *La Justice sociale comme bonne nouvelle: messages sociaux, économiques et politiques des évêques du Québec 1972-1983*, hg. von Gérard Rochais (Montreal 1984) 137-144.

¹⁴ Versammlung der Bischöfe von Quebec, *Construire ensemble une société meilleure*, vom 9. Januar 1980, in: *La Justice sociale comme bonne nouvelle*, aaO. 145-156.

¹⁵ Versuche in dieser Richtung sind: J.W. Wright, *National Patriotism in Papal Teaching* (Boston 1942); R. Arès, *L'Eglise et les projets d'avenir du peuple canadien-français* (Montreal 1974); P. Charriton, *Le droit des peuples à leur identité: l'évolution d'une question dans l'histoire du christianisme* (Montreal 1979); ferner: J.-T. Delos, *La Nation*, 2 Bde. (Montreal 1944).

Aus dem Englischen übersetzt von Dr. Karl Pichler

DAVID SELJAK

1958 in Toronto, Ontario, geboren. Er ist Dozent für Religion und Sozialwissenschaften an der Fakultät für das Studium der Religion an der McGill University in Montreal, Quebec. Seine Dissertation in Philosophie behandelt die Reaktion der katholischen Kirche von Quebec auf die neuen säkularen nationalen Strömungen in den 60er und 70er Jahren. Er hat eine Reihe von Artikeln zum Thema Religion und Nationalbewußtsein veröffentlicht. Anschrift: McGill University, Faculty of Religious Studies, 3520 University Street, Montreal PQ H3A 2A7, Kanada.